

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befasste sich abschließend in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021 mit dem Einzelplan 20. An dieser Beratung nahmen u. a. die Ministerin der Finanzen und für Europa und der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- 14 gemeinsame Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 1 gemeinsamer Änderungsantrag der Ausschussmitglieder aus der Fraktion DIE LINKE und der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion,
- 4 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE und
- 8 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Zunächst beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig, seiner Befassung die in der Information der Präsidentin des Landtages 7/139 allen Mitgliedern des Landtages zur Kenntnis gegebenen neuen Seiten 8 und 9 im Einzelplan 20 zugrunde zu legen.

Mit seinen Beschlüssen zum Einzelplan 20 - alle Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden angenommen (elf davon einstimmig) - empfiehlt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, nachdem er die November-Steuerschätzung 2021 zur Kenntnis genommen hatte, eine Steigerung der Gesamtausgaben um 441 081 200 Euro und der Verpflichtungsermächtigungen um 412 460 000 Euro. Gleichzeitig steigen die Gesamteinnahmen - wesentlich auf Kapitel 20 010 Hauptgruppe 0 (Einnahmen aus Steuern) zurückzuführen - um 475 030 000 Euro. Höhere Einnahmen fließen dem Land auch durch Bundesergänzungszuweisungen sowohl zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs als auch zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft zu.

Eine Anpassung an die November-Steuerschätzung 2021 erfahren ebenso die Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte sowie Kreise; sie werden deutlich erhöht.

Stark - um 250 000 000 Euro - steigt der Ansatz für Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Coronapandemie in allen Einzelplänen (Pauschale Pandemievorsorge für Maßnahmen gemäß § 9 HG-E 2022).

In vergleichsweise deutlich geringerem Umfang steigen entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen die Ausgaben für den Familienleistungsausgleich, für die Erstattung von Kosten für Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII, für Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Angebote zur Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen (neue Zweckbestimmung) und für investive Schlüsselzuweisungen.

Die Entnahme aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ wird in erheblichem Umfang - um 125 500 000 Euro - gesenkt. Die konjunkturbedingte Schuldenaufnahme am Kreditmarkt sinkt um knapp 32 Millionen Euro.

Änderungen bei Haushaltsvermerken und Erläuterungen erwiesen sich an einigen Stellen als erforderlich.

Zwei Verpflichtungsermächtigungen werden neu ausgebracht: 1) 12 460 000 Euro für Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Angebote zur Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen und 2) 400 000 000 Euro für die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, versehen mit einem qualifizierten Sperrvermerk. Der zuletzt genannten Änderung stimmte der Ausschuss einstimmig ohne Stimmenthaltungen zu.

Zur Deckung von Ausgaben in anderen Einzelplänen wird der Einzelplan 20 insofern herangezogen, als folgende Ausgaben finanziert werden:

- Im Einzelplan 07
 - 32 040 000 Euro für Maßnahmen zur Bekämpfung des Afrikanischen Schweinepest
 - 570 000 Euro für Stipendien im Rahmen des Landärzte-Förderprogramms
 - 78 800 Euro für die Glücksspielsuchtberatung
- Im Einzelplan 08
 - 1 260 000 (Gutachten zur Gefahrenabwehr im Bergbau)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen lehnte alle Änderungsanträge der Oppositionsfractionen ab.

In der Schlussabstimmung votierte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und drei Stimmenthaltungen dafür, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 20 in der Fassung der Ausschussbeschlüsse zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Hauptausschusses (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)
(Drucksache 7/1942)**

Gesamtübersicht

Einzelplan 20

Allgemeine Finanzverwaltung

Beträge in Euro			
	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	12.086.411.500	<u>+475.030.000</u>	<u>12.561.441.500</u>
Gesamtausgaben	5.076.735.400	<u>+441.081.200</u>	<u>5.517.816.600</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	1.274.475.000	<u>+412.460.000</u>	<u>1.686.935.000</u>
Stellen	87	--	87

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

20 010 Steuern

(S. 10) HGr. 0:Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

011 10	Lohnsteuer (Landesanteil)	2.372.000.000	<u>+88.310.000</u>	<u>2.460.310.000</u>
(S. 10)				

Erläuterungen (Änderung):

Das gesamte Lohnsteueraufkommen im Land Brandenburg (einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung) wird geschätzt für 2022 auf 5.788.964.700 EUR.

(...)

012 10	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	439.170.000	<u>+97.690.000</u>	<u>536.860.000</u>
(S. 10)				

Erläuterungen (Änderung):

Das gesamte Einkommensteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und sonstigen Erstattungen) im Land Brandenburg wird geschätzt für 2022 auf 1.263.200.000 EUR.

(...)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
013 10 (S. 10)	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	133.040.000	<u>+2.620.000</u>	<u>135.660.000</u>

Erläuterungen (Änderung):

Das gesamte Aufkommen aus den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird geschätzt für 2022 auf 271.320.000 EUR.
(...)

014 10 (S. 10)	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	302.090.000	<u>+95.520.000</u>	<u>397.610.000</u>
--------------------------	--------------------------------------	-------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen (Änderung):

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen) im Land Brandenburg wird (einschl. der Einnahmen aus der KöStZerlegung) geschätzt für 2022 auf 795.220.000 EUR.
(...)

015 10 (S. 10)	Umsatzsteuer (Landesanteil)	4.106.200.000	<u>+376.490.000</u>	<u>4.482.690.000</u>
--------------------------	--------------------------------	---------------	---------------------	----------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

016 10 (S. 11)	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	1.011.320.000	<u>-193.780.000</u>	<u>817.540.000</u>
--------------------------	---------------------------------------	---------------	---------------------	--------------------

Erläuterungen (Änderung):

Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Land zu für 2022: 817.540.000 EUR.

017 10 (S. 11)	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	70.900.000	<u>+9.550.000</u>	<u>80.450.000</u>
--------------------------	---------------------------------------	------------	-------------------	-------------------

018 10 (S. 11)	Abgeltungssteuer aus Zins- und Veräußerungserträgen (einschließlich ehemals Zinsabschlag)	70.450.000	<u>-22.860.000</u>	<u>47.590.000</u>
--------------------------	--	------------	--------------------	-------------------

Erläuterungen (Änderung):

Das gesamte Aufkommen aus der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (nach Zerlegung) in Brandenburg wird geschätzt für 2021 auf 108.159.100 EUR.

(...)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

052 10 (S. 11)	Erbschaftsteuer	53.650.000	<u>+3.200.000</u>	<u>56.850.000</u>
--------------------------	-----------------	------------	-------------------	-------------------

053 10 (S. 11)	Grunderwerbsteuer	551.800.000	<u>+14.670.000</u>	<u>566.470.000</u>
--------------------------	-------------------	-------------	--------------------	--------------------

055 10 (S. 11)	Totalisatorsteuer	110.000	<u>+20.000</u>	<u>130.000</u>
--------------------------	-------------------	---------	----------------	----------------

057 10 (S. 11)	Lotteriesteuer	38.100.000	<u>+3.530.000</u>	<u>41.630.000</u>
--------------------------	----------------	------------	-------------------	-------------------

058 10 (S. 11)	Sportwettsteuer	26.440.000	<u>+4.210.000</u>	<u>30.650.000</u>
--------------------------	-----------------	------------	-------------------	-------------------

059 10 (S. 11)	Feuerschutzsteuer	14.870.000	<u>+770.000</u>	<u>15.640.000</u>
--------------------------	-------------------	------------	-----------------	-------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

061 10 (S. 12)	Biersteuer	21.880.000	<u>-3.340.000</u>	<u>18.540.000</u>
	Summe HGr. 0:	9.212.020.000	<u>+476.600.000</u>	<u>9.688.620.000</u>

20 020
(S. 15) **Allgemeine Bewilligungen**

(S. 15) HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dgl.

123 20 (S. 15)	Einnahmen aus der Glücksspielabgabe der Lotterien und Sportwetten des Landes sowie der Konzessionsabgabe aus Sportwetten gemäß § 10a Glücksspielstaatsvertrag	41.500.000	<u>+78.800</u>	<u>41.578.800</u>
--------------------------	---	------------	----------------	-------------------

(S. 16) HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

211 10 (S. 16)	Bundesergänzungszuweisungen zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs	522.760.000	<u>+43.840.000</u>	<u>566.600.000</u>
--------------------------	---	-------------	--------------------	--------------------

211 45 (S. 17)	Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft	11.480.000	<u>+6.820.000</u>	<u>18.300.000</u>
--------------------------	---	------------	-------------------	-------------------

(S. 18)	HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenausnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			
---------	---	--	--	--

356 25 (S. 18)	Entnahme aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“	952.480.000	<u>-125.500.000</u>	<u>826.980.000</u>
--------------------------	--	-------------	---------------------	--------------------

Haushaltsvermerk (neu):

Mehreinnahmen aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ dürfen zur Deckung der im Haushaltsjahr 2022 zu finanzierenden Maßnahmen gemäß § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

herangezogen werden.

Erläuterungen (neu):

Mit Abschluss des Haushaltsjahres 2021 wird der Teil der gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 HG 2021 aufgenommenen Kredite, der im Haushaltsjahr 2021 nicht zur Deckung von Corona bedingten Ausgaben oder zur Kompensation von nicht konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen im Haushaltsjahr 2021 benötigt wird, in das Sondervermögen übertragen und steht für im Haushalt 2022 zu finanzierende Maßnahmen gemäß § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ zur Verfügung.

**Zu Kapitel
20 020 Titel
919 25**

(S. 41/42)

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern

Einnahmen

...

356 25	Entnahme aus der Rücklage des Sondervermögens	952.480.000	<u>-125.500.000</u>	<u>826.980.000</u>
--------	---	-------------	---------------------	--------------------

Gesamteinnahmen

952.480.000

-125.500.000

826.980.000

Ausgaben

...

632 10	Zuweisungen an den Landeshaushalt für konsumtive Leistungen	938.980.000	<u>-125.500.000</u>	<u>813.480.000</u>
--------	---	-------------	---------------------	--------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	<u>Erläuterungen:</u> <u>Mittelverwendung für:</u> <u>Nicht konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen:</u> 50,1 Mio. € <u>Ausgleich kommunaler Rettungsschirm (37,5%):</u> 147,8 Mio. € <u>Ausgleich auf hälftigen Verzicht des Landes</u> <u>auf Abrechnung KFA 2020</u> 91,6 Mio. € <u>Kofinanzierung Konjunkturpaket Bund (Digitalpakt II)</u> 0,1 Mio. € <u>Kofinanzierung Konjunkturpaket Bund (Aufholen</u> <u>nach Corona)</u> 12,9 Mio. € <u>Pandemiebekämpfung (pauschale Vorsorge)</u> 500,0 Mio. € <u>Mehrbedarf Verdienstaufschlag (nach IfSG)</u> 11,0 Mio. €			
882 10	Zuweisungen an den Landeshaushalt für investive Leistungen <u>Erläuterung:</u> <u>Mittelverwendung für Kofinanzierung</u> <u>Krankenhausstrukturfonds II</u> 13,5 Mio. € ...	13.500.000	0	13.500.000
	Gesamtausgaben	952.480.000	-125.500.000	826.980.000

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
359 15 (S. 18)	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	468.008.100	<u>+105.024.100</u>	<u>573.032.200</u>
(S. 28)	HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben			
971 10 (S. 28)	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	250.000.000	<u>+250.000.000</u>	<u>500.000.000</u>
972 10 (S. 29)	Globale Minderausgaben	-250.000.000	<u>-1.830.000</u>	<u>-251.830.000</u>
20 030	Kommunaler Finanzausgleich			
(S. 45)	HGr.: 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

613 11 (S. 45)	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	1.361.056.800	<u>+120.355.500</u>	<u>1.481.412.300</u>
--------------------------	---	---------------	---------------------	----------------------

Erläuterungen (Änderung):

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach § 5 Abs. 3 BbgFAG. Vom Ansatz wird für die Schlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte ein Betrag von 86.415.800 EUR bereitgestellt.

Die veranschlagten Mittel umfassen auch die Mittel zur Ausführung des § 14a BbgFAG (Mehrbelastungsausgleich für Mittelzentren und Kreisstädte) in Höhe von 36,8 Mio. EUR.

Die veranschlagten Mittel umfassen auch die Mittel zur Ausführung des § 14b BbgFAG (Mehrbelastungsausgleich für grundfunktionale Schwerpunkte) auf Grundlage der geltenden Landesentwicklungsplanung in Verbindung mit den Festlegungen durch die Regionalplanung in Höhe von 12,1 Mio EUR.

Nicht verausgabte Mittel werden gemäß § 2 Abs. 2 BbgFAG verrechnet.

613 12 (S. 45)	Schlüsselzuweisungen an Kreise	529.299.900	<u>+46.804.900</u>	<u>576.104.800</u>
--------------------------	--------------------------------	-------------	--------------------	--------------------

613 18 (S. 47)	Familienleistungsausgleich	112.125.500	<u>+2.600.000</u>	<u>114.725.500</u>
--------------------------	----------------------------	-------------	-------------------	--------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

633 11 (S. 48)	Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	227.888.700	<u>+5.300.000</u>	<u>233.188.700</u>
--------------------------	---	-------------	-------------------	--------------------

Haushaltsvermerk (Änderung):

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 10 und 271 10 geleistet werden.

Aus diesem Titel dürfen Ausgaben zur vorgesehenen Evaluierung nach § 12 Abs. 3 und zur Überprüfung nach § 20 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz geleistet werden. Aus diesem Titel dürfen Ausgaben zu Beförderungskosten im Rahmen des gesetzlichen Aufnahmeverfahrens nach § 5 Satz 1 Landesaufnahmegesetz geleistet werden.

633 14 (S. 48)	<u>Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Angebote zur Unterbringung, Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen</u>	0	<u>+6.230.000</u>	<u>6.230.000</u>
--------------------------	--	---	-------------------	------------------

Haushaltsvermerk (neu):

Die Mittel können auch zur Kofinanzierung von Projektförderungen im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in der aktuellen Förderperiode 2021 – 2027 eingesetzt werden.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

Verpflichtungsermächtigungen (neu):

		<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag:</u>		==	<u>+12.460.000</u>	<u>12.460.000</u>
<u>davon fällig:</u>				
<u>2023 bis zu</u>			<u>+6.230.000</u>	<u>6.230.000</u>
<u>2024 bis zu</u>			<u>+6.230.000</u>	<u>6.230.000</u>
<u>2025 bis zu</u>				
<u>2026 ff. bis zu</u>				
(S. 49)	HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen			
883 12 (S. 49)	Investive Schlüsselzuweisungen	131.415.200	<u>+11.620.800</u>	<u>143.036.000</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

20 090 Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen

Einnahmen

(S. 73) TGr. 70 Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen – Verwendung des Landesanteils

(S. 74)

Erläuterungen (Änderung):

Das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom 08. August 2020 umfasst mit Artikel 1 das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG), das bis ins Jahr 2038 bis zu 40 Mrd. EUR Bundesmittel auf verschiedene Förderarten zur Verfügung stellt. Die vier Braunkohleländer Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg erhalten 14 Mrd. EUR als Investitionen nach Artikel 104b GG zur Vergabe nach eigenen Grundsätzen (§§ 1-10 InvKG, sog. Arm 1).

Davon entfallen 25,8 v. H. bzw. 3,612 Mrd. EUR auf die Brandenburger Lausitz. Darüber hinaus verpflichtet sich der Bund, weitere Maßnahmen zugunsten der Braunkohleregionen mit einer Zielgröße von 26 Mrd. EUR umzusetzen (§§ 14-24 InvKG, sog. Arm 2). Auf Brandenburg entfallen davon ca. 6,7 Mrd. EUR.

Für die Mittel nach §§ 1-10 InvKG beträgt die Förderquote bis zu 90 v. H. Bundesanteil und mindestens 10 v. H. Eigenanteil des Landes einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 7 Abs. 1 InvKG). Das Land wird Sorge dafür tragen, wie im gemeinsamen Koalitionsvertrag, Ziffer 3425f, verabredet, dass auch Projekte von struktur- und finanzschwachen Kommunen umgesetzt werden und der kommunale Eigenanteil - falls nötig - aus dem Landeshaushalt finanziert wird. Hinzu kommen Kosten in Höhe des Eigenanteils des Landes zur Umsetzung von Verwaltungs- und Begleitstrukturen, die durch den Bund direkt gefördert werden (§§ 14- 24, insbes. § 15 InvKG).

Grundlage für die Ausreichung der Finanzhilfen nach dem Arm 1 des InvKG ist die Richtlinie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg zur Umsetzung der Finanzhilfen des Strukturstärkungsgesetzes für den Teil Investitionsgesetz Kohleregionen - Strukturentwicklung Lausitz (Förderrichtlinie Strukturentwicklung zum Lausitzer Braunkohlerevier

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

Land Brandenburg) vom 24.November 2020, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 50 vom 16. Dezember 2020.

Nicht-investive Fördermittel können beim Bund auf der Grundlage der Förderrichtlinie zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten vom 16. Juli 2020 (STARK) abgerufen werden. Antragsberechtigt sind sowohl das Land als auch sonstige natürliche und juristische Personen nach Maßgabe der Richtlinie. Für landeseigene Projekte sind daher die Kofinanzierungsanteile des Landes veranschlagt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Übernahme des Kofinanzierungsanteils für finanzschwache öffentliche Antragsteller.

Förderungen innerhalb des sog. Arm 2 (Kapitel 3 und 4 InvKG) erfolgen nach den Bedingungen der Richtlinien der Fachressorts des jeweils zuständigen Bundesministeriums. Das Land Brandenburg hat auf Grundlage der jeweils geltenden Bedingungen zur Förderquote die Höhe des Eigenanteils bereitzustellen. Dies erfolgt über die Facheinzelpläne der Ressorts.

Auf der Basis der vorliegenden Zahlen wird für den Arm 1 von jährlichen Finanzhilfen des Bundes in Höhe von rund 230 Mio. EUR und einem entsprechenden Kofinanzierungsanteil in Höhe von rund 12,7 Mio. EUR ausgegangen. Mit den 12,7 Mio. EUR kann auch die Kofinanzierung der STARK-Förderungen abgedeckt werden.

Ausgaben

TGr. 70 Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen – Verwendung des Landesanteils

684 70 (neu) Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur
Übernahme des Eigenanteils für Maßnahmen im Rahmen
des Bundesprogramms „STARK“
 692
 (S. 76)

==

0

0

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

20 610 Kapitalvermögen

(S. 82) TGr. 60 Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB)

831 60 (S. 82)	Zuweisungen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB)	146.520.000	0	146.520.000
--------------------------	--	-------------	---	-------------

Haushaltsvermerk (neu):

Die Ausgaben sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des für den Haushalt zuständigen Ausschusses des Landtages. Nach grundsätzlicher Freigabe der Sperre ist eine Einwilligung des Ausschusses für Ausgaben jeweils ab einer Höhe von 10 Mio. Euro erforderlich.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

Verpflichtungsermächtigungen (neu):

	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>	<u>2022</u> <u>EUR</u>
<u>Betrag:</u>	==	<u>+400.000.000</u>	<u>400.000.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu</u>		<u>+400.000.000</u>	<u>400.000.000</u>
<u>2024 bis zu</u>			
<u>2025 bis zu</u>			
<u>2026 ff. bis zu</u>			

20 650 Schuldenverwaltung

(S. 100) HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

325 13
(S. 100)

Konjunkturbedingte Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt

33.060.000

-31.832.900

1.227.100

Erläuterungen (Änderung):

Veranschlagt wurde eine konjunkturbedingte Nettokreditaufnahme gem. § 18a LHO auf Basis der Daten aus der November-Steuerschätzung 2021.

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 20

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung Fachausschuss	Abstimmung AHF
1	BVB/FW	Vorwort		4	Zu Kapitel 20 030 – Kommunalen Finanzausgleich	Änderung Erläuterungen	--	--	4/6/1
2	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 010	HGr. 0 + Anlage	10 ff.	Einnahmen aus Steuern	+476.600.000	Die Erläuterungen der Einzeltitel werden redaktionell an das Schätzergebnis angepasst.	--	8/0/3
3	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 020	211 10	16	BEZ zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs	+43.840.000	Anpassung an Ergebnis November-Steuerschätzung	--	8/0/3
4	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 020	211 45	17	BEZ zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft	+6.820.000	Anpassung an Ergebnis November-Steuerschätzung	--	8/0/3

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung Fachausschuss	Abstimmung AHF
5	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 020	356 25	18	Entnahme aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“	-125.500.000 Haushaltsvermerk neu Erläuterungen neu	Anpassung an Ergebnis November-Steuerschätzung und an Erhöhung der pauschalen Pandemievorsorge für Maßnahmen gemäß § 9 HG 2022 EP 20 20 010 OGr. 01, 05, 06 (+375.500.000) 20 020, 356 25 (- 250.000.000)	--	6/1/4
6	BVB/FW	20 020	461 20	24	Personalverstärkungsmittel	-270.000.000 Änderung Erläuterungen	--	--	1/10/0
7	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 020	971 10	28	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen#Pauschale Pandemievorsorge für Maßnahmen gemäß § 9 HG 2022	+250.000.000	EP 20 20 020, 356 25 (- 250.000.000)	--	10/0/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung Fachauschuss	Abstimmung AHF
8	BVB/FW	20 020	971 10	28	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie in allen Einzelplänen, Einnahmeausfälle aus Kurabgaben ausgleichen	Änderung Erläuterungen	--	--	4/6/1
9	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 030	613 11	45	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	+120.355.500 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 010, OGr. 01,05, 06 (+69.267.100) 20 020, 21 10 (+43.840.000) 20 020, 211 45 (+6.820.000) 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (+428.400)	--	11/0/0
10	BVB/FW	20 030	613 11	45	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte (Vorwegabzug I)	+43.200.000	EP 20 20 020, 461 20 Personalverstärkungsmittel (- 3.200.000)	--	2/6/3

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung Fachausschuss	Abstimmung AHF
11	BVB/FW	20 030	613 11	45	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte (Ausgleich des finanziellen Bedarfs der Verbandsgemeinde Liebenwerda)	+650.000	EP 20 20 020, 571 10 Zinsen für Kassenkredite ... (-650.000)	--	1/6/4
12	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 030	613 12	45	Schlüsselzuweisungen an Kreise	+46.804.900	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage -46.804.900	--	11/0/0
13	BVB/FW	20 030	613 12	45	Schlüsselzuweisungen an Kreise (Vorwegabzug II)	+16.800.000	EP 20 20 020, 461 20 Personalverstärkungsmittel (- 16.800.000)	--	1/6/4
14	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 030	613 18	47	Familienleistungsausgleich	+2.600.000	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage -2.600.000	--	8/0/3

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung Fachausschuss	Abstimmung AHF
15	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 030	633 11	48	Migrationssozialarbeit II	+5.300.000 Änderung Haushaltsvermerk	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage -5.300.000	--	8/3/0
16	DIE LINKE BVB/FW	20 030	633 11	48	Migrationssozialarbeit II	+4.500.000	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-4.500.000)	3/11/0	2/9/0
17	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 030	633 14	48	Neue Zweckbestimmung: „Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Angebote zur Unterbringung, Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen“	+6.230.000 Haushaltsvermerk neu VE neu: 12.460.000	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-6.230.000)	--	7/3/1
18	DIE LINKE	20 030	633 14	48	Integrationsbudget	+9.567.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-9.567.000)	3/11/0	2/9/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung Fachausschuss	Abstimmung AHF
19	BVB/FW (Neudruck)	20 030	633 14	48	Integrationsbudget	+10.000.000 VE+20.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen (-10.000.000)	3/11/0	2/9/0
20	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	20 030	883 12	49	Investive Schlüsselzuweisungen	+11.620.800	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-11.620.800)	--	11/0/0
21	DIE LINKE	20 030	623 62	52	Zuweisungen an Gemeinden und Verbandsgemeinden gemäß §§ 2 und 3 Gemeindestrukturänderungsförderungsgesetz (Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen)	+2.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 359 59 Entnahme aus der Rücklage Personal- und Verwaltungsbudget (-2.000.000)	2/12/1	1/9/1
22	DIE LINKE	20 030	623 63	53	Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden zum Abbau ihrer Kreditbelastungen	+5.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-5.000.000)	6/8/1	5/6/0

[illegible]

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 20

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

vom 24.11.2021

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 10ff	Kapitel: 2 0 0 1 0	Titel: H G r. 0
Zweckbestimmung: Steuern		

Stichwort: Anpassung an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	9.212.020.000€
Änderung (+/-):	+476.600.000€
Ansatz neu:	9.688.620.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Erläuterungen der Einzeltitel werden redaktionell an das Schätzergebnis angepasst.

Begründung:

Anpassung des Kapitels 20 010 an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021.

Die Steuerschätzung enthält u.a. die für Brandenburg zu erwartenden Einnahmen aus dem Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ (für BB rund 25,8 Mio. €).

Bei den Umsatzsteuereinnahmen zusätzlich berücksichtigt wird die Regelung für den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Für Brandenburg sind das in 2022 rund 10,6 Mio. €.

Ansatzmindernd wirkt sich die Berücksichtigung der Beteiligung des Landes an der Ausstattung des Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ zur Beseitigung der Hochwasserschäden vom Juli 2021 aus (für BB rund -7,0 Mio. €).

Die Änderung der einzelnen Titel ist der Anlage zu entnehmen.

Anlage zum Änderungsantrag zu Kap. 20 010, HGr. 0 (in Euro)

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	HPE 2022		
			bisheriger Ansatz	Veränderung	neuer Ansatz
20 010	011 10	Lohnsteuer (Landesanteil)	2.372.000.000	+88.310.000	2.460.310.000
20 010	012 10	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	439.170.000	+97.690.000	536.860.000
20 010	013 10	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	133.040.000	+2.620.000	135.660.000
20 010	014 10	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	302.090.000	+95.520.000	397.610.000
20 010	015 10	Umsatzsteuer (Landesanteil)	4.106.200.000	+376.490.000	4.482.690.000
20 010	016 10	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	1.011.320.000	-193.780.000	817.540.000
20 010	017 10	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	70.900.000	+9.550.000	80.450.000
20 010	018 10	Abgeltungssteuer aus Zins- und Veräußerungs- erträgen (einschließlich ehemals Zinsabschlag)	70.450.000	-22.860.000	47.590.000
20 010	052 10	Erbschaftsteuer	53.650.000	+3.200.000	56.850.000
20 010	053 10	Grunderwerbsteuer	551.800.000	+14.670.000	566.470.000
20 010	055 10	Totalisatorsteuer	110.000	+20.000	130.000
20 010	056 10	Andere Rennwettsteuern	0	+0	0
20 010	057 10	Lotteriesteuer	38.100.000	+3.530.000	41.630.000
20 010	058 10	Sportwettsteuer	26.440.000	+4.210.000	30.650.000
20 010	059 10	Feuerschutzsteuer	14.870.000	+770.000	15.640.000
20 010	061 10	Biersteuer	21.880.000	-3.340.000	18.540.000
20 010	069 10	Sonstige Steuern	0	+0	0
Einzelplan 20, Kapitel 010 - Steuern - gesamt			9.212.020.000	+476.600.000	9.688.620.000

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 16	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 2 1 1 1 0
Zweckbestimmung: Bundesergänzungszuweisungen zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs		

Stichwort: Anpassung an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	522.760.000€
Änderung (+/-):	+43.840.000€
Ansatz neu:	566.600.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

<p>Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)</p> <p>Allgemeine Bundesergänzungszuweisung zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nach § 11 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz.</p>
<p>Begründung:</p> <p>Anpassung der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021.</p>

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 17	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 2 1 1 4 5
Zweckbestimmung: Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft		

Stichwort: Anpassung an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	11.480.000 €
Änderung (+/-):	+6.820.000 €
Ansatz neu:	18.300.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Bundesergänzungszuweisungen für leistungsschwache Länder zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft gemäß § 11 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz.

Begründung:

Anpassung der Bundesergänzungszuweisungen gem. § 11 Abs. 5
Finanzausgleichsgesetz an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 18	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 3 5 6 2 5
Zweckbestimmung: Entnahme aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“		

Stichwort: Anpassung an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021 sowie an die Erhöhung der pauschalen Pandemievorsorge für Maßnahmen gem. § 9 HG 2022

Ansatz im Entwurf 2022	952.480.000 €
Änderung (+/-):	-125.500.000 €
Ansatz neu:	826.980.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehreinnahmen aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sicher“ dürfen zur Deckung der im Haushaltsjahr 2022 zu finanzierenden Maßnahmen gemäß § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ herangezogen werden.

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
10 ff.	20 010	OGr. 01, 05, 06	Einnahmen aus Steuern	+375.500.000 €
18	20 020	356 25	Entnahme aus dem SV „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ – Erhöhung pauschale Vorsorge	-250.000.000 €
insgesamt:				+125.500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mit Abschluss des Haushaltsjahres 2021 wird der Teil der gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 HG 2021 aufgenommenen Kredite, der im Haushaltsjahr 2021 nicht zur Deckung von Corona bedingten Ausgaben oder zur Kompensation von nicht konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen im Haushaltsjahr 2021 benötigt wird, in das Sondervermögen übertragen und steht für im Haushalt 2022 zu finanzierende Maßnahmen gemäß § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ zur Verfügung.

Begründung:

Anpassung der Entnahme aus dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021 (-375,5 Mio. €) sowie an die Erhöhung der pauschalen Pandemievorsorge für Maßnahmen gem. § 9 HG 2022 (+ 250,0 Mio. €).

Veranschlagt ist die Entnahme aus dem Sondervermögen gemäß § 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern" (BbgStSichG).

Gemäß § 2 Abs. 2 BbgStSichG kann das Sondervermögen dem Landeshaushalt Mittel zur Kompensation der nicht konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen des Landes bereitstellen. Die Kompensation ist dabei beschränkt auf die, um die Konjunkturkomponente nach § 18a der Landeshaushaltsordnung bereinigten, tatsächlich entstandenen Steuermindereinnahmen. Die erwartete Höhe dieser nicht konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen ist nach dem Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021 anzupassen. Die tatsächliche Höhe der nicht konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen wird sich erst mit dem Jahresabschluss 2022 ergeben.

Neben der Änderung des Ansatzes erfolgt die Anpassung des Wirtschaftsplanes des Sondervermögens.

Seite 41

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“

...				
Titel	FZ	Zweckbestimmung	Soll 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR
			Ist 2020 EUR	
...				
356 25	813	Entnahme aus der Rücklage des Sondervermögens	0	<u>826.980.000</u>
			0	
....		...		
		Gesamteinnahmen	0	<u>826.980.000</u>
			0	

Seite 42:

...	Titel	FZ	Zweckbestimmung	Soll 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR
				Ist 2020 EUR	
...			...		
632 10	813		Zuweisungen an den Landeshaushalt für konsumtive Leistungen	0	<u>813.480.000</u>
				0	
			<u>Erläuterungen:</u>		
			<u>Mittelverwendung für:</u>		
			Nicht konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen: 50,1 Mio. €		
			Ausgleich kommunaler Rettungsschirm (37,5%): 147,8 Mio. €		
			<u>Ausgleich auf hälftigen Verzicht des Landes</u>		
			auf Abrechnung KFA 2020 91,6 Mio. €		
			Kofinanzierung Konjunkturpaket Bund (Digitalpakt II) 0,1 Mio. €		
			<u>Kofinanzierung Konjunkturpaket Bund (Aufholen</u>		
			nach Corona) 12,9 Mio. €		
			Pandemiebekämpfung (pauschale Vorsorge) 500,0 Mio. €		
			<u>Mehrbedarf Verdienstaufschlag (nach IfSG) 11,0 Mio. €</u>		
882 10	813		Zuweisungen an den Landeshaushalt für investive Leistungen	0	<u>13.500.000</u>
				0	
			<u>Erläuterungen:</u>		
			<u>Mittelverwendung für</u>		
			<u>Kofinanzierung Krankenhausstrukturfonds II 13,5 Mio. €</u>		
...			...		
			Gesamtausgaben	0	<u>826.980.000</u>
				0	

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 28	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 9 7 1 1 0
Zweckbestimmung: Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen		

Stichwort: Pauschale Pandemievorsorge für Maßnahmen gem. § 9 HG 2022

Ansatz im Entwurf 2022	250.000.000 €
Änderung (+/-):	+250.000.000 €
Ansatz neu:	500.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sämtlicher Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	356 25	Entnahme Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“	250.000.000 €
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Der Titel dient der Deckung von Ausgaben im Jahr 2022, in die unter Anwendung des § 9 HG 2022 vom Ministerium der Finanzen und für Europa eingewilligt wurde.

Die veranschlagten Ausgaben wurden finanziert aus der Nettokreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 HG 2021 zur Bekämpfung und teilweisem Ausgleich pandemiebedingter Folgen auf Basis der Feststellung des Landtages zum Bestehen einer außergewöhnlichen Notsituation.

Begründung:

Nach der Entwicklung der pandemischen Lage in den letzten Wochen muss für 2022 mit erheblich höheren Bedarfen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gerechnet werden, als noch im Sommer erwartet. Insbesondere für die Fortführung der Impfkampagne, für die im Haushaltsplanentwurf 2022 bislang keine Vorsorge getroffen wurde, als auch für eine Fortsetzung des ÖPNV-Rettungsschirms, von Testungen in Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie für Entschädigungen gem. § 56 IfSG muss nach den bisherigen Erfahrungen auch in 2022 von erheblichen Mehrbedarfen ausgegangen werden.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Epl. 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 45	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 1 3 1 1
Zweckbestimmung: Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte		

Stichwort: Anpassung der Ansätze an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	1.361.056.800 €
Änderung (+/-):	+ 120.355.500 €
Ansatz neu:	1.481.412.300 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Keine Änderung

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
10 ff.	20 010	OGr. 01, 05, 06	Einnahmen aus Steuern	+69.267.100 €
16	20 020	211 10	Bundesergänzungszuweisungen zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs	+43.840.000 €
17	20 020	211 45	Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft	+6.820.000 €
18	20 020	359 15	Entnahme allgemeine Rücklage	+428.400 €
insgesamt:				+120.355.500 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach § 5 Abs. 3 BbgFAG. Vom Ansatz wird für die Schlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte ein Betrag von 86.415.800 EUR bereitgestellt.

Die veranschlagten Mittel umfassen auch die Mittel zur Ausführung des § 14a BbgFAG (Mehrbelastungsausgleich für Mittelzentren und Kreisstädte) in Höhe von 36,8 Mio. EUR.

Die veranschlagten Mittel umfassen auch die Mittel zur Ausführung des § 14b BbgFAG (Mehrbelastungsausgleich für grundfunktionale Schwerpunkte) auf Grundlage der geltenden Landesentwicklungsplanung in Verbindung mit den Festlegungen durch die Regionalplanung in Höhe von 12,1 Mio EUR.

Nicht verausgabte Mittel werden gemäß § 2 Abs. 2 BbgFAG verrechnet.

Begründung:

Gegenüber dem Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 erhöhen sich die Verbundgrundlagen des kommunalen Finanzausgleichs nach § 3 Absatz 1 BbgFAG nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung 2021 um rd. 524,7 Mio. Euro. Dies entspricht einer Erhöhung von rund 117,7 Mio. Euro bei der Verbundmasse.

Auf Grundlage der November-Steuerschätzung 2021 wird für das Ausgleichsjahr 2021 eine positive Abrechnung des Steuerverbundes des kommunalen Finanzausgleichs von gegenwärtig 183,4 Mio. Euro prognostiziert. Eine Spitzabrechnung des Steuerverbundes für das Ausgleichsjahr 2021 ist gemäß § 3 Abs. 3 BbgFAG spätestens im Haushaltsjahr 2023 vorzunehmen. Ein Teilbetrag von 61,1 Mio. Euro (rd. ein Drittel des erwarteten Betrages von 183,4 Mio. Euro), soll bereits im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für das Ausgleichsjahr 2022 zugunsten der Kommunen in Ansatz gebracht werden. Der restliche Betrag der Spitzabrechnung 2021, die nach den Ergebnissen des Haushaltsjahres 2021 festgestellt wird, wird im Ausgleichsjahr 2023 zugunsten der Kommunen abgerechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Vorwegabzüge aus der Verbundmasse nach § 3 Abs. 2 Bbg-FAG sowie unter Einbeziehung der anteiligen prognostizierten Spitzabrechnung 2021 erhöhen sich die allgemeinen Schlüsselzuweisungen insgesamt um rd. 167,2 Mio. Euro. Davon entfallen 72 Prozent auf die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden und kreisfreien Städte in Höhe von rund 120,4 Mio. Euro und 28 Prozent auf die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise in Höhe von rund 46,8 Mio. Euro.

Die Erläuterungen im Vorwort zum Einzelplan 20 sind redaktionell anzupassen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Epl. 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 45	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 1 3 1 2
Zweckbestimmung: Schlüsselzuweisungen an Kreise		

Stichwort: Anpassung der Ansätze an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	529.299.900 €
Änderung (+/-):	+ 46.804.900 €
Ansatz neu:	576.104.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Keine Änderung

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme Allgemeine Rücklage	46.804.900 €
				€
insgesamt:				46.804.900 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach § 5 Abs. 3 BbgFAG. Nicht verausgabte Mittel werden gemäß § 2 Abs. 2 BbgFAG verrechnet.

Begründung:

Gegenüber dem Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 erhöhen sich die Verbundgrundlagen des kommunalen Finanzausgleichs nach § 3 Absatz 1 BbgFAG nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung 2021 um rd. 524,7 Mio. Euro. Dies entspricht einer Erhöhung von rund 117,7 Mio. Euro bei der Verbundmasse.

Auf Grundlage der November-Steuerschätzung 2021 wird für das Ausgleichsjahr 2021 eine positive Abrechnung des Steuerverbundes des kommunalen Finanzausgleichs von gegenwärtig 183,4 Mio. Euro prognostiziert. Eine Spitzabrechnung des Steuerverbundes für das Ausgleichsjahr 2021 ist gemäß § 3 Abs. 3 BbgFAG spätestens im Haushaltsjahr 2023 vorzunehmen. Ein Teilbetrag von 61,1 Mio. Euro (rd. ein Drittel des erwarteten Betrages von 183,4 Mio. Euro), soll bereits im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für das Ausgleichsjahr 2022 zugunsten der Kommunen in Ansatz gebracht werden. Der restliche Betrag der Spitzabrechnung 2021, die nach den Ergebnissen des Haushaltsjahres 2021 festgestellt wird, wird im Ausgleichsjahr 2023 zugunsten der Kommunen abgerechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Vorwegabzüge aus der Verbundmasse nach § 3 Abs. 2 BbgFAG sowie unter Einbeziehung der anteiligen prognostizierten Spitzabrechnung 2021 erhöhen sich die allgemeinen Schlüsselzuweisungen insgesamt um rd. 167,2 Mio. Euro. Davon entfallen 72 Prozent auf die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden und kreisfreien Städte in Höhe von rund 120,4 Mio. Euro und 28 Prozent auf die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise in Höhe von rund 46,8 Mio. Euro.

Die Erläuterungen im Vorwort zum Einzelplan 20 sind redaktionell anzupassen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Epl. 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 47	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 1 3 1 8
Zweckbestimmung: Familienleistungsausgleich		

Stichwort: Anpassung der Ansätze an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	112.125.500 €
Änderung (+/-):	+ 2.600.000 €
Ansatz neu:	114.725.500 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Keine Änderungen

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme Allgemeine Rücklage	2.600.000 €
				€
insgesamt:				2.600.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Die Mittel werden gemäß § 17 BbgFAG eingesetzt.

Für 2022 wurde die Endabrechnung des Jahres 2020 in Höhe von -14.874.506 EUR berücksichtigt.

Begründung:

Anpassung nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung 2021.

Die Erläuterungen im Vorwort zum Einzelplan 20 sind redaktionell anzupassen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 48	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 3 3 1 1
Zweckbestimmung: Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII		

Stichwort: Migrationssozialarbeit II

Ansatz im Entwurf 2022

227.888.700 €

Änderung (+/-):

5.300.000 €

Ansatz neu:

233.188.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 10 und 271 10 geleistet werden.

Aus diesem Titel dürfen Ausgaben zur vorgesehenen Evaluierung nach § 12 Abs. 3 und zur Überprüfung nach § 20 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz geleistet werden. Aus diesem Titel dürfen Ausgaben zu Beförderungskosten im Rahmen des gesetzlichen Aufnahmeverfahrens nach § 5 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	5.300.000 €
insgesamt:				5.300.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten nach § 13 Absatz 2 in Verbindung mit § 16 Landesaufnahmegesetz vom 15. März 2016 (GVBl.I/16 Nr. 11) sowie der Erstattung der Kosten nach § 108 SGB XII (Einreise aus dem Ausland) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Mittel werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Begründung:

Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung der Zugangszahlen von geflüchteten Menschen soll die Integration von Flüchtlingen auch in den kommenden drei Jahren weiter finanziell unterstützt werden. Für die positive Gestaltung des Integrationsprozesses bedarf es einer kontinuierlichen Migrationssozialarbeit. Daher sollen die bislang für die Migrationssozialarbeit für Regelleistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch aus nicht-europäischen Asylherkunftsländern (MSA II) eingesetzten Mittel auch in den kommenden Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt werden.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 48	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 3 3 1 4
Zweckbestimmung: <u>Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Angebote zur Unterbringung, Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen</u>		

Stichwort: Integrationsbudget

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+6.230.000 €
Ansatz neu:	6.230.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
<u>Die Mittel können auch zur Kofinanzierung von Projektförderungen im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in der aktuellen Förderperiode 2021-2027 eingesetzt werden.</u>

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
<u>Verpflichtungsermächtigungen:</u>	
	2022
	EUR
Betrag:	12.460.000

davon fällig:	
2023 bis zu	6.230.000
2024 bis zu	6.230.000

Ansatz neu mit Fälligkeiten:**Verpflichtungsermächtigungen:**

	<u>2022</u>
	<u>EUR</u>
Betrag:	12.460.000
davon fällig:	
2023 bis zu	6.230.000
2024 bis zu	6.230.000

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	6.230.000 €
insgesamt:				6.230.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Begründung:

Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung der Zugangszahlen von geflüchteten Menschen sollen weiterhin Mittel für die Unterstützung von kommunalen Angeboten zur Unterbringung, Aufnahme und Integration in den kommenden Haushaltsjahren bereitgestellt werden. Mit den ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen soll eine Verstetigung der Mittel auf dem Ausgabenniveau von 2021 im bisherigen Umfang bis 2024 gesichert werden. Dabei ist im Rahmen der Neuauflage der Förderrichtlinie ein kommunaler Eigenanteil in Höhe von 30 % bei Förderungen von Integrationsprojekten vorzusehen.

Soweit im Einzelfall die Voraussetzungen vorliegen, können diese Mittel auch zur Kofinanzierung von kommunalen Projekten aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) eingesetzt werden.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Epl. 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 49	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 8 8 3 1 2
Zweckbestimmung: Investive Schlüsselzuweisungen		

Stichwort: Anpassung der Ansätze an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	131.415.200 €
Änderung (+/-):	+ 11.620.800 €
Ansatz neu:	143.036.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Keine Änderungen

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme Allgemeine Rücklage	+ 11.620.800 €
insgesamt:				11.620.800 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel werden gemäß § 13 BbgFAG eingesetzt.

Nicht verausgabte Mittel werden gemäß § 2 Abs. 2 BbgFAG verrechnet.

Begründung:

Gegenüber dem Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 erhöhen sich die Verbundgrundlagen des kommunalen Finanzausgleichs nach § 3 Absatz 1 BbgFAG nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung 2021 um rd. 524,7 Mio. Euro. Dies entspricht einer Erhöhung von rund 117,7 Mio. Euro bei der Verbundmasse.

Auf Grundlage der November-Steuerschätzung 2021 wird für das Ausgleichsjahr 2021 eine positive Abrechnung des Steuerverbundes des kommunalen Finanzausgleichs von gegenwärtig 183,4 Mio. Euro prognostiziert. Eine Spitzabrechnung des Steuerverbundes für das Ausgleichsjahr 2021 ist gemäß § 3 Abs. 3 BbgFAG spätestens im Haushaltsjahr 2023 vorzunehmen. Ein Teilbetrag von 61,1 Mio. Euro (rd. ein Drittel des erwarteten Betrages von 183,4 Mio. Euro), soll bereits im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für das Ausgleichsjahr 2022 zugunsten der Kommunen in Ansatz gebracht werden. Der restliche Betrag der Spitzabrechnung 2021, die nach den Ergebnissen des Haushaltsjahres 2021 festgestellt wird, wird im Ausgleichsjahr 2023 zugunsten der Kommunen abgerechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Vorwegabzüge aus der Verbundmasse nach § 3 Abs. 2 BbgFAG sowie unter Einbeziehung der anteiligen prognostizierten Spitzabrechnung 2021 erhöhen sich die investiven Schlüsselzuweisungen insgesamt um rd. 11,6 Mio. Euro.

Die Erläuterungen im Vorwort zum Einzelplan 20 sind redaktionell anzupassen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion und

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 76	Kapitel: 2 0 0 9 0	Titel (neu): 6 8 4 7 0
------------------	---------------------------	-------------------------------

Zweckbestimmung: Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Übernahme des Eigenanteils für Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „STARK“

Stichwort: Aufnahme von Titeln für Zuschüsse an private Träger zur Übernahme des Eigenanteils für Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „STARK“

Ansatz im Entwurf 2022

0,00 €

Änderung (+/-):

0,00 €

Ansatz neu:

0,00 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Keine Änderungen.

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

0,00 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

0,00 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

0,00 €

Deckung bei: TGr. 70

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
76	20 090	-	-	-
insgesamt:				0,00 €

Erläuterungen auf Seite 74, Abschnitt 2: (Änderungen bitte unterstreichen)

Nicht-investive Fördermittel können beim Bund auf der Grundlage der Förderrichtlinie zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten vom 16. Juli 2020 (STARK) abgerufen werden. Antragsberechtigt sind sowohl das Land als auch sonstige natürliche und juristische Personen nach Maßgabe der Richtlinie. Für landeseigene Projekte sind daher die Kofinanzierungsanteile des Landes veranschlagt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Übernahme des Kofinanzierungsanteils für finanzschwache Kommunen öffentliche Antragsteller.

Begründung:

In der Titelgruppe 70 sind neben den Ausgabetiteln für Vorhaben des Arms 1 auch Titel zur Kofinanzierung von STARK-Projekten veranschlagt. Nach Ziffer 6.2 Abs. 6 der STARK-RL kann bei öffentlichen Antragstellern aus den Ländern oder Gemeinden der Eigenanteil auch ganz oder teilweise durch andere öffentliche Stellen des Landes, insbesondere das Land selbst, erbracht werden. Die Bewilligungsstelle des Bundes für die STARK-RL legt „öffentliche Antragsteller“ im Sinne dieser Norm so aus, dass unter bestimmten Umständen auch Private umfasst sein können. Diese Auslegung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfes des Haushaltsplanentwurfes noch nicht absehbar. Ein Antrag auf Teilübernahme der grundsätzlich selbst zu erbringenden Eigenmittel liegt aus dem Bereich der Zivilgesellschaft vor. Um die Kofinanzierung in diesem Fall haushaltsrechtlich zu ermöglichen, soll der dargestellte Titel eingefügt werden.

Die Einrichtung eines Leertitels ist ausreichend und sachgerecht, da innerhalb der TGr. 70 eine gegenseitige Deckungsfähigkeit besteht. Die Finanzierung kann aus dem bestehenden Ansatz bei Titel 547 70 gewährleistet werden.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 - AFV

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 82	Kapitel: 2 0 6 1 0	Titel: 8 3 1 6 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB)		

Stichwort: Qualifizierter Sperrvermerk FBB

Ansatz im Entwurf 2022	146.520.000 €
Änderung (+/-):	- €
Ansatz neu:	146.520.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des für den Haushalt zuständigen Ausschusses des Landtages. Nach grundsätzlicher Freigabe der Sperre ist eine Einwilligung des Ausschusses für Ausgaben jeweils ab einer Höhe von 10 Mio. Euro erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	300.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	

Fälligkeit in 2023:

300.000.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag sollen die Mittel zur Deckung von Finanzierungsbedarfen der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB) durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages gesperrt werden. Ziel ist es, die Höhe der Zuweisungen an den Flughafen auf ihre Notwendigkeit hin genau zu prüfen. Der Ausschuss behält sich auch nach erfolgter Freigabe dieses Prüfrecht vor. Grundlage für die Bewertung einzelner Freigaben soll u.a. die Prüfung der Plausibilität des Businessplans 2021 der FBB sein. Für die laufende Begleitung der Finanzsituation der FBB hat der Ausschuss für Haushalt und Finanzen den Unterausschuss „Finanzangelegenheiten der FBB“ eingerichtet.

Das Freigabevolumen soll jeweils so bemessen sein, dass Brandenburg im Gesellschafterkreis bedarfsgerecht notwendigen Maßnahmen der Kapitalversorgung der FBB mitwirken kann.

Unabhängig davon ist aufgrund der Ergebnisse der beihilferechtlichen Abstimmung zwischen dem Bund und der KOM, die die Gesellschaftermaßnahmen im Zusammenhang mit einem COVID-19-Schadensausgleich durchgängig als Beihilfen bewertet, eine Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Jahr 2023 zur Finanzierung der FBB erforderlich.

Die EU-rechtliche Grundlage für die Gewährung der Beihilfen in Form des sog. Temporary Framework (TF) wird in ihrer Laufzeit über das Jahresende 2021 hinaus bis zum Ablauf des 30.06.2022 verlängert. Für Maßnahmen, die auf Grundlage des TF durchgeführt werden sollen, muss bis zum Ablauf des 30.06.2022 ein verbindlicher Rechtsanspruch des Begünstigten begründet sein. Dies bedeutet im Fall der FBB, dass bis zu dem Stichtag eine verbindliche Zusage der Gesellschafter ohne Haushaltsvorbehalt erfolgen muss.

Bei den FBB-Gesellschaftern besteht Einvernehmen, die Umsetzung eines entsprechenden Finanzierungsmodells vorzubereiten; das Bundesministerium für Verkehr und digitale

Infrastruktur wird dies durch Gespräche mit den KOM-Behörden unterstützen. Nach derzeitigem Stand ist dafür eine VE mit Fälligkeit in 2023 im Umfang von 300 Mio. Euro vorzusehen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 100	Kapitel: 2 0 6 5 0	Titel: 3 2 5 1 3
Zweckbestimmung: Konjunkturbedingte Schuldenaufnahme am Kreditmarkt		

Stichwort: Anpassung an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021

Ansatz im Entwurf 2022	33.060.000 €
Änderung (+/-):	-31.832.900 €
Ansatz neu:	1.227.100 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abgelaufenen Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.

Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
10 ff.	20 010	OGr. 01, 05, 06	Einnahmen aus Steuern	31.832.900 €
insgesamt:				31.832.900 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt wurde eine konjunkturbedingte Nettokreditaufnahme gem. § 18a LHO auf Basis der Daten aus der November-Steuerschätzung 2021.

Begründung:

Anpassung der konjunkturbedingten Schuldenaufnahme am Kreditmarkt an das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2021.

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 20

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 4	Kapitel:	Titel:
Zweckbestimmung: Vorwort		

Stichwort: Änderung des Vorwortes

Ansatz im Entwurf 2022	€
Änderung (+/-):	€
Ansatz neu:	€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

...

Zweckbestimmung	Angaben in EUR Haushaltsjahr 2022
Verbundgrundlagen aus dem Steuerverbund Landesaufkommen an der Einkommen- Körperschaft- und Umsatzsteuer (abzgl. Familienleistungsausgleich), Aufkommen der Landessteuern und Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage, Ausgleichsbeitrag für die Kfz-Steuer, Landeseinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz	9.902.665.400
Verbundmasse 22,43% des Landesaufkommens	2.221.167.849
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Verbundmasse in 2022 in Höhe • Vorwegabzug für die Fortschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs • Vorwegabzug Asyl (einschließlich Abrechnung für 2020) • Vorwegabzug Gute-Kita (einschließlich Abrechnung für 2020) • Vorwegabzug Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst • Vorwegabzug Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ 	+ 71.700.000 - 60.000.000 - 2.492.408 - 13.528.976 - 2.377.580 - 5.786.940
Verbundmasse nach Vorwegabzügen sowie nach Abrechnungen Steuerverbund und Finanzausgleichsumlage aus Vorjahren	2.268.681.954
zuzüglich	
<ul style="list-style-type: none"> • Einnahmen aus der Finanzausgleichsumlage gemäß § 17a BbgFAG der umlagepflichtigen Gemeinden (ohne Anteil der Landkreise, im Jahr 2022 beträgt dieser 25.916.900 EUR) 	44.612.600
<ul style="list-style-type: none"> • Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Hartz IV 	50.920.000
Finanzausgleichsmasse	2.364.214.554
Sonstige Leistungen außerhalb der Finanzausgleichsmasse:	
<ul style="list-style-type: none"> • Familienleistungsausgleich 	112.125.500
<ul style="list-style-type: none"> • Weitergabe der Wohngeldersparnisse 	57.400.000
<ul style="list-style-type: none"> • Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben 	183.984.400
<ul style="list-style-type: none"> • Pauschaler Ausgleich kommunaler Steuermindereinnahmen 	76.100.000

Begründung:

Der kommunale Rettungsschirm, der für die Behebung der Einnahmeausfälle insbesondere durch die Gewerbesteuer aufgrund der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 gespannt wurde, war zum damaligen Zeitpunkt der richtige Schritt, die kommunale Familie zu unterstützen. Es hat sich nach der Abrechnung per 31.12.2020 gezeigt, dass die Steuereinbrüche nicht so hoch ausgefallen sind, wie ursprünglich angenommen wurde.

Das liegt insbesondere daran, dass die Umsatzeinbrüche bei Gewerbetreibenden erst in den Jahren 2020 und 2021 eingetreten sind, eben zu Zeiten der Corona-Pandemie. Auf die geminderten Umsätze wird jedoch erst in 2022/2023 die Gewerbesteuer erhoben und zu entrichten sein. Das bedeutet, dass die Einnahmeausfälle in den Kommunen auch erst für 2022/2023 zu erwarten sind.

Vor dem Hintergrund, dass die Kommunen die tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie durch Steuermindereinnahmen ab 2022 zu verkraften haben, ist eine Kürzung der Verbundmasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände nicht zu verkraften.

vgl. hierzu

- ÄÄ BVBFW 20 030_613 11 Vorwegabzug I
- ÄÄ BVBFW 20 030_613 12 Vorwegabzug II

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 24	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 4 6 1 2 0
Zweckbestimmung: Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen		

Stichwort: Kürzung der allgemeinen Personalverstärkungsmittel

Ansatz im Entwurf 2022	297.000.000 €
Änderung (+/-):	- 270.000.000 €
Ansatz neu:	27.900.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Der Titel dient dem Ausgleich von Personalausgaben, die aufgrund von Besoldungs- und Tarifierhöhungen oder aus anderen unabweisbaren Gründen entstehen und bei der Festsetzung der Personalausgaben in den einzelnen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts nicht berücksichtigt werden konnten. Zur Deckung von unvorhergesehenen und unabweisbaren Mehrausgaben aufgrund von Änderungen tarif- oder besoldungsrechtlicher Vorschriften ist die Bereitstellung zusätzlicher Personalverstärkungsmittel i. R. einer überplanmäßigen Ausgabe zulässig.

Mehr aufgrund einer zentralen Vorsorge für mögliche Tarif- und Besoldungssteigerungen im Ergebnis der in 2021 zu erwartenden Tarifverhandlungen für 2021ff

Begründung:

Im Haushaltsplan 2021 waren insgesamt rd. 1% der tatsächlichen Personalausgaben (Hauptgruppe 4 ohne 461) zusätzlich als Personalverstärkungsmittel für alle Einzelpläne eingeplant worden, um unabweisbare Mehrbedarfe ausgleichen zu können. Für 2022 soll diese Reserve um über 90% ansteigen, ohne dass der Bedarf dieses Kostenaufwuchses nachgewiesen worden, resp. erwartbar ist.

Eine Reserve von rd. 1% der tatsächlichen Personalausgaben ist angemessen, um Änderungen tarif- oder besoldungsrechtlicher Vorschriften aufzufangen, zumal die Ministerien insgesamt über Personalbudgetrücklagen in Höhe von rd. 89 Millionen EUR (Ist 2020 abzüglich Ansätze für Entnahmen 2021) verfügen, die für den Ausgleich von Personalausgaben einzusetzen sind.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 28f.	Kapitel: 2 0 0 2 0	Titel: 9 7 1 1 0
Zweckbestimmung: Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen		

Stichwort: Einnahmeausfälle aus Kurabgaben ausgleichen

Ansatz im Entwurf 2022	250.000.000 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	250.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Der Titel dient der Deckung von Ausgaben im Jahr 2022, in die unter Anwendung des § 9 HG 2022 vom Ministerium der Finanzen und für Europa eingewilligt wurde. Zudem werden Corona bedingte kommunale Einnahmeausfälle aus Kurabgaben der Jahre 2020 und 2021 rückwirkend sowie für 2022 laufend ausgeglichen. Die veranschlagten Ausgaben wurden finanziert aus der Nettokreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 HG 2021 zur Bekämpfung und teilweisem Ausgleich pandemiebedingter Folgen auf Basis der Feststellung des Landtages zum Bestehen einer außergewöhnlichen Notsituation.

Begründung:

Die Brandenburger Kurorte haben und hatten erheblich unter der Corona-Pandemie zu leiden. Ihnen sind durch die Regelungen der Eindämmungsverordnungen alle touristischen Umsätze eingebrochen, sowohl für Tages- als auch für Langzeittourismus.

Der kommunale Rettungsschirm hat dem Wortlaut nach nur Ausfälle bei reinen Gemeindesteuereinnahmen im Blick. Es gibt jedoch auch erhebliche Kurabgabeausfälle, die analog den Regelungen der §§ 23 und 23a BbgFAG auszugleichen wären.

Den Kurorten Brandenburgs ist daher auf Antrag eine entsprechende Ausgleichszahlung aus dem Corona-Hilfen-Gesamtpaket zu gewähren.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 45	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 1 3 1 1
Zweckbestimmung: Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte		

Stichwort: Vorwegabzug I

Ansatz im Entwurf 2022	1.361.056.800 €
Änderung (+/-):	+ 43.200.000 €
Ansatz neu:	1.404.256.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	43.200.000 €
insgesamt:				43.200.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Gem. Drs 7/4204 – Änderung des BbgFAG für 2022 ff. – soll die Verbundmasse für Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise um 60 Millionen EUR gekürzt werden.

Davon entfallen

- 67,8 Prozent an kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden und kreisfreie Städte für Gemeindeaufgaben (40.680.000 €),
- 28,0 Prozent an Landkreise (16.800.000 €) und
- 4,2 Prozent an kreisfreie Städte für Kreisaufgaben (2.520.000 €).

Vor dem Hintergrund, dass die Kommunen die tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie durch Steuermindereinnahmen ab 2022 zu verkraften haben, ist eine Kürzung der Verbundmasse für die Kommunen nicht zu verkraften.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 45	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 1 3 1 1
Zweckbestimmung: Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte		

Stichwort: Ausgleich des finanziellen Bedarfes der Verbandsgemeinde Liebenwerda

Ansatz im Entwurf 2022

1.361.056.800 €

Änderung (+/-):

+ 650.000 €

Ansatz neu:

1.361.706.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
26	20 020	571 10	Zinsen für Kassenkredite und Geldanlagen der Landeshauptkasse	650.000 €
				€
insgesamt:				650.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Bildung der Verbandsgemeinde Liebenwerda ist ein Modellprojekt im Land Brandenburg. Nach ihrer Gründung sollte der tatsächliche Finanzbedarf durch MIK und MdFE evaluiert werden, was aber nicht vollumfänglich erfolgt ist.

Die Verbandsgemeinde wird in ihrer Finanzierung gleichgestellt mit Ämtern, so dass weder dem Modellcharakter, noch der neuen Aufgabenverteilung in der Verbandsgemeinde Rechnung getragen wird.

Eine Änderung des BbgFAG ist dahingehend unerlässlich, dass zur Bedarfsermittlung die die Einwohnerveredelung nach § 8 BbgFAG, der Flächenfaktor (§ 11 BbgFAG) und die Ermittlung der Steuerkraftmesszahl gem. § 9 BbgFAG erfolgt. Die hieraus ermittelte finanzielle Unterdeckung beträgt rd. 650 TEUR, die entsprechend auszugleichen ist.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 45	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 1 3 1 2
Zweckbestimmung: Schlüsselzuweisungen an Kreise		

Stichwort: Vorwegabzug II

Ansatz im Entwurf 2022	529.299.900 €
Änderung (+/-):	+ 16.800.000 €
Ansatz neu:	546.099.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461.20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	16.800.000 €
insgesamt:				16.800.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Gem. Drs 7/4204 – Änderung des BbgFAG für 2022 ff. – soll die Verbundmasse für Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise um 60 Millionen EUR gekürzt werden.

Davon entfallen

- 67,8 Prozent an kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden und kreisfreie Städte für Gemeindeaufgaben (40.680.000 €),
- 28,0 Prozent an Landkreise (16.800.000 €) und
- 4,2 Prozent an kreisfreie Städte für Kreisaufgaben (2.520.000 €).

Vor dem Hintergrund, dass die Kommunen die tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie durch Steuermindereinnahmen ab 2022 zu verkraften haben, ist eine Kürzung der Verbundmasse für die Kommunen nicht zu verkraften.

Änderungsantrag

Fraktion BVB/FW und Fraktion DIE LINKE

20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 48	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 3 3 1 1
Zweckbestimmung: Erstattung von Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII		

Stichwort: Migrationssozialarbeit II

Ansatz im Entwurf 2022	227.888.700 €
Änderung (+/-):	+ 4.500.000 €
Ansatz neu:	232.388.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:** €**Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:** €**Ansatz neu mit Fälligkeiten:** €

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	4.500.000 €
insgesamt:				4.500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Mit der Migrationssozialarbeit II wird ein vormals grauer Bereich in der Integrationsarbeit abgedeckt: Menschen, die als Geflüchtete anerkannt worden sind und damit keine Leistungen nach dem AsylBLG mehr erhalten, weil sie nach der Anerkennung in den Rechtskreis des SGB II gewechselt sind, können bis zu drei Jahre weiterhin Integrationsangebote der Migrationssozialarbeit nutzen. Dies hat dafür gesorgt, dass Menschen weiterhin beraten und gefördert wurden, um Integration voran zu bringen und sie für ein komplett selbstständiges Leben fit zu machen. Der derzeit im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes sieht eine Minderung der Bezugsdauer von Leistungen aus der MSA II auf zwei Jahre vor, was wir mit Blick auf die durchaus hohen Hürden bei der Arbeitsmarktintegration für kurzfristig halten. Deshalb plädieren wir – wie auch durch den Änderungsantrag zum obigen Gesetzentwurf ersichtlich – für eine Beibehaltung der derzeit geltenden Regelung und schlagen eine Erhöhung des Haushaltstitels um das fehlende Drittel vor.



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 48	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 3 3 1 4
Zweckbestimmung: Zuwendungen zur Unterstützung kommunaler Integrationsangebote		

Stichwort: Integrationsbudget

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 9.567.000 €
Ansatz neu:	9.567.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	9.567.000 €
insgesamt:				9.567.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

~~Weniger wegen Auslaufens der Förderrichtlinie.~~

Begründung:

Die in der vergangenen Legislaturperiode geschaffene Integrationssystematik mit seinen Säulen Integrationspauschale/ -budget auf der einen und der MSAll auf der anderen Seite, hat sich bei der Integration geflüchteter Menschen bewährt. Viele niedrighschwellige Projekte und Initiativen, die direkt vor Ort in den Kommunen mit Geflüchteten arbeiten, leisten einen wichtigen Baustein für die Integration und damit das Zusammenleben im Land Brandenburg. Aus diesem Budget werden so verschiedene und trotzdem unverzichtbare Maßnahmen wie die psychosoziale Betreuung von kriegs- und fluchttraumatisierten Menschen, Begegnungscafés oder Integrationshilfen geflüchteter Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts finanziert. Diese müssen weitergefördert werden, auch im Hinblick auf die derzeit steigenden Zahlen an Geflüchteten und den zu erwartenden Erhöhungen des Aufnahmesolls für die Kommunen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 48	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 3 3 1 4
Zweckbestimmung: Zuwendungen zur Unterstützung kommunaler Integrationsangebote		

Stichwort: Integrationsbudget**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 10.000.000 €

Ansatz neu:

10.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

+ 20.000.000 €

2023

+ 10.000.000 €

2024

+ 10.000.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

20.000.000 €

2023

10.000.000 €

2024

10.000.000 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	10.000.000 €
insgesamt:				10.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel wurden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Weniger wegen Auslaufens der Förderrichtlinie.

Begründung:

Der Bedarf an psychologischer und psychosozialer Betreuung für die von Verfolgung und Vertreibung, Misshandlung, Krieg und Flucht schwer belasteten Geflüchteten ist ungebrochen.

Die Migrationssozialarbeit ist maßgeblich unverzichtbar für die Betreuung und Integration geflüchteter Menschen. Gerade vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen und Asylanträge, aber auch der laufenden Betreuung von Menschen, die schon einige Zeit bei uns leben, ist es nicht zu vermitteln, warum die aufgebauten Strukturen und Hilfsangebote nicht weiter fortgeführt werden sollen. Dies mit dem Auslaufen einer Förderrichtlinie zu begründen, widerspricht allem, was mit der Förderung ursprünglich bezweckt werden sollte.

Die Förderung muss fortgeführt werden.

Zur Schaffung von Planungssicherheit und zur Fortführung kommunaler Integrationsprojekte sind Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2023 und 2024 vorzusehen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 20

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 52	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 2 3 6 2
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Verbandsgemeinden gemäß §§ 2 und 3 Gemeindestrukturänderungsförderungsgesetz		

Stichwort: Erhöhung der Förderung für freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen

Ansatz im Entwurf 2022	1.850.000 €
Änderung (+/-):	+ 2.000.000 €
Ansatz neu:	3.850.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf: €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: €

Ansatz neu mit Fälligkeiten: €

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
19	20 020	359 59	Entnahmen aus den Rücklagen der Personal- und Verwaltungsbudgets	2.000.000 €
				€
insgesamt:				2.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Das Land unterstützt freiwillige Zusammenschlüsse kommunaler Verwaltungseinheiten. Es fördert die daraus entstehenden Mehraufwendungen mit einer Zuweisung gemäß § 2 Gemeindestrukturänderungsförderungsgesetz.

Gemäß § 3 Gemeindestrukturänderungsförderungsgesetz unterstützt das Land die an den Gebiets- oder Strukturveränderungen beteiligte durch Zuweisungen zum Abbau der Kassenkredite.
 Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung: Das Land soll freiwillige Zusammenschlüsse kommunaler Verwaltungseinheiten weiterhin deutlich unterstützen. Dazu sollen die daraus entstehenden Mehraufwendungen mit einer Zuweisung nach dem Gemeindestrukturänderungsförderungsgesetz gefördert werden.

Die an den Gebiets- oder Strukturveränderungen Beteiligten sollen auch im bisherigen Umfang durch finanzielle Zuweisungen zum Abbau der Kassenkredite durch das Land unterstützt werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 20

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 53	Kapitel: 2 0 0 3 0	Titel: 6 2 3 6 3
Zweckbestimmung: Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden zum Abbau ihrer Kassenkreditbelastungen		

Stichwort: Erhöhung der Zuweisungen zum Abbau der Kassenkreditbelastungen von Kommunen

Ansatz im Entwurf 2022	11.600.000 €
Änderung (+/-):	+ 5.000.000 €
Ansatz neu:	16.600.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	5.000.000 €
insgesamt:				5.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind zur Unterstützung der Kommunen in der Haushaltssicherung beim Abbau ihrer Schulden vorgesehen. Der Bedarf entsteht erstmalig im Jahr 2021 und erstreckt sich über drei Jahre.

~~Die im Haushaltsjahr 2021 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeit in 2022 und 2023 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen. Insofern wird der veranschlagte Haushaltsansatz 2022 auskömmlich sein. Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.~~

Begründung:

Das Land Brandenburg hat in der vergangenen Legislaturperiode mit seiner Beteiligung am Abbau der Schuldenlast der drei hoch verschuldeten kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) Kommunen begonnen und damit gute Erfahrungen gemacht. Diese Unterstützung trägt dazu bei, die Situation der drei betroffenen Städte mittelfristig deutlich zu verbessern.

Darüber hinaus gibt es viele kreisangehörige Gemeinden die sich auch in der Haushaltssicherung befinden. Zur Unterstützung dieser Kommunen beim Abbau ihrer Schulden plante das Land in 2021 ein Entschuldungsprogramm in Höhe von 50 Mio. EUR. Für die Jahre 2021 bis 2023 sind jeweils 16,6 Mio. EUR im Haushaltsgesetz 2021 zur Verfügung gestellt worden. Die Jahresscheiben 2022 und 2023 sind jetzt um jeweils 5 Mio. EUR gekürzt worden.

Dies Kürzung gefährdet das Ziel, kreisangehörige Gemeinden nachhaltig beim Schuldenabbau zu unterstützen. Deshalb sollen die bisherigen geplanten Haushaltsansätze in den Jahren 2022 und 2023 beibehalten werden.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

20 Allgemeine Finanzverwaltung

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 82	Kapitel: 2 0 6 1 0	Titel: 8 3 1 6 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB)		

Stichwort: Auszahlungsvorbehalt - FBB GmbH

Ansatz im Entwurf 2022	146.520.000 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	146.520.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Zuführungen des Landes Brandenburg an die FBB in Höhe von 444 Mio. EUR sind seinerzeit auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 aufgeteilt worden. Die in 2014 nicht abgeflossenen Mittel in Höhe von 242,905 Mio. EUR sind in 2015 und die in 2015 nicht abgeflossenen Mittel in Höhe von 62,086 Mio. EUR in 2016 nachveranschlagt worden. Damit ist der Anteil des Landes Brandenburg in Höhe von 444 Mio. EUR in den Jahren 2013 - 2016 berücksichtigt worden.

Zur Finanzierung der FBB im Jahr 2022 sind –im Vorgriff auf noch zu treffende Entscheidungen im Gesellschafterkreis– Zuweisungen an die FBB in Höhe von 146,52 Mio. Euro vorgesehen. Diese Zuweisungen werden nur dann ausgezahlt, wenn die FBB GmbH den Gesellschaftern ein tragfähiges, nachhaltiges und zukunftsfähiges Sanierungs- und Finanzierungskonzept vorgelegt hat und die jeweiligen Parlamente diesem Konzept zugestimmt haben.

Begründung:

Die wirtschaftliche Situation der FBB GmbH ist seit vielen Jahren angespannt. Diese Situation wurde durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen gravierenden Auswirkungen auf den Luftverkehr weiter verschärft.

Aus diesem Grund sind der FBB GmbH in den Jahren 2020 und 2021 weitere erhebliche Zuweisungen und Darlehen an die FBB GmbH ausgereicht worden.

Eine Veranschlagung „im Vorgriff auf noch zu treffende Entscheidungen im Gesellschafterkreis“ widerspricht dem Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, denn für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen.

Bevor eine weitere Auszahlung an die FBB GmbH erfolgen soll, muss ein tragfähiges Sanierungs- und Finanzierungskonzept vorgelegt werden, welchem die Gesellschafter erst nach Zustimmung seiner Parlamente zustimmen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 82	Kapitel: 2 0 6 1 0	Titel: 8 3 1 6 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB)		

Stichwort: Einführung eines Sperrvermerkes**Ansatz im Entwurf 2022**

146.520.000 €

Änderung (+/-):

0 €

Ansatz neu:

146.520.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Unterausschusses für Haushalt und Finanzen zum Thema „Finanzangelegenheiten der FBB GmbH“ des Landtages und des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
Insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Zuführungen des Landes Brandenburg an die FBB in Höhe von 444 Mio. EUR sind seinerzeit auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 aufgeteilt worden. Die in 2014 nicht abgeflossenen Mittel in Höhe von 242,905 Mio. EUR sind in 2015 und die in 2015 nicht abgeflossenen Mittel in Höhe von 62,086 Mio. EUR in 2016 nachveranschlagt worden. Damit ist der Anteil des Landes Brandenburg in Höhe von 444 Mio. EUR in den Jahren 2013 - 2016 berücksichtigt worden.

Zur Finanzierung der FBB im Jahr 2022 sind – im Vorgriff auf noch zu treffende Entscheidungen im Gesellschafterkreis – Zuweisungen an die FBB in Höhe von 146,52 Mio. Euro vorgesehen.

Begründung:

Der Unterausschuss für Haushalt und Finanzen zu Thema „Finanzangelegenheiten der FBB GmbH“ ist vom Parlament laut Einsetzungsbeschluss mit dem Ziel eingesetzt worden, sich auf Grundlage des von der Landesregierung regelmäßig vorgelegten Beteiligungsberichts und aktueller Unternehmensdaten mit der finanziellen Situation der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB GmbH) und den Auswirkungen auf zukünftige Landeshaushalte zu befassen. Er soll diesbezüglich Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vorbereiten und damit die Aufgabe der finanziellen Sanierung der FBB GmbH parlamentarisch transparent begleiten.

Die Einnahmeausfälle aufgrund der stark gesunkenen Fluggastzahlen infolge der Corona-Pandemie hat sich die finanzielle Situation der FBB GmbH, die bereits vor der Pandemie durch Bauzeitverzögerungen und Kostensteigerungen angespannt war, verschärft. Eine parlamentarische Begleitung mit Blick auf die erforderliche finanzielle Sanierung der FBB GmbH ist vom Landtag Brandenburg ausdrücklich mit der Einsetzung des Unterausschusses für Haushalt und Finanzen zu Thema „Finanzangelegenheiten der FBB GmbH“ gewünscht, auch um die Wirtschaftlichkeit weiterer Gesellschaftermaßnahmen – im Interesse des Landeshaushalts – abzusichern. Um diesem berechtigten parlamentarischen Interesse gerecht zu werden, sollen weitere Zuschüsse des Gesellschafters unter dem Vorbehalt des Parlamentes gestellt werden. Die Freigabe der Mittel soll nach entsprechenden Beratungen und Beschlüssen in den zuständigen Ausschüssen erfolgen.



Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Hauptausschusses

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

- Drucksache 7/4212 -

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

in Verbindung mit:

Unterrichtung der Landesregierung

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

- Drucksache 7/4213 -

und

Unterrichtung der Landesregierung

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

- Drucksache 7/4214 -

Berichtersteller: Abgeordneter Daniel Keller (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag die Annahme des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022, Drucksache 7/4212 - Einzelplan 20 -, in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung empfehlen (Anlage 1).

Bericht

A. Allgemeines

Der Landtag Brandenburg überwies

- den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Drucksache 7/4212,
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025, (Drucksache 7/4213) und
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung, Drucksache 7/4214

in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur federführenden Beratung und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung.

Der Hauptausschuss beriet die oben genannten Beratungsmaterialien in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021.

B. Beratung

Mit dem Einzelplan 20 befasste sich der Hauptausschuss erstmals und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021. Zu dieser Beratung lag ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Der Änderungsantrag wurde damit begründet, dass die Zivilgesellschaft stärker unterstützt werden solle. Mit der Aufnahme eines Titels für Zuschüsse an private Träger zur Übernahme des Eigenanteils für Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „STARK“ werde dies ermöglicht. Es wurde darauf hingewiesen, dass es sich nur um einen Baustein zur Beteiligung der Zivilgesellschaft handle. Weitere Maßnahmen für Projekte regionaler Verbände und Vereine würden folgen. Konkret gehe es mit dem Antrag um die Umsetzung einer entsprechenden Förderrichtlinie.

Die Staatskanzlei ergänzte, dass die Mittel für das Bundesprogramm STARK im Einzelplan 20 etatisiert seien. Bisher sei es nur möglich, Eigenanteile für Kommunen zu tragen. Bisher fehlte die Möglichkeit auch Eigenanteile von öffentlichen Antragstellern, wie Vereinen oder Verbänden, zu übernehmen. Gespeist werde der Titel aus Mitteln aus dem Einzelplan 20. Hintergrund sei, dass Vereine selten in der Lage seien, den Eigenanteil von Höhe von 10 % zu leisten. Daher solle hier unterstützt werden.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde einstimmig bei drei Enthaltungen (8 : 0 : 3) angenommen.

Im Ergebnis beschloss der Hauptausschuss mehrheitlich (6 : 5 : 0), dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu empfehlen, dieser möge dem Landtag empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Drucksache 7/4212, - Einzelplan 20 -, in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung zuzustimmen.



Daniel Keller
Berichterstatte r und Vorsitzender
des Hauptausschusses

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Hauptausschusses zum Einzelplan 20 (Veränderungsnachweis zum Einzelplan 20)
Anlage 2: Änderungsantrag zum Einzelplan 20
Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Abstimmungsergebnisse
- 